

Protokoll Gemeinderatssitzung 14.12.2017

1. Bericht des Bürgermeisters

2. Bekanntgabe der Beschlüsse der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung

Keine bekanntzugebenden Beschlüsse vorhanden

3. 2017/0186 Umsetzungsstand Klimaschutzkonzept

Frau Hellmann stellt den Umsetzungsstand per Dezember 2017 wie folgt dar:

Insgesamt sind 25 Projekte als Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept abgeleitet worden, dazu sind mittlerweile weitere 6 Projekte gekommen (Photovoltaikanlage Grundschule Riemerling, Potentialanalyse Photovoltaik auf weiteren Liegenschaften, Elektroauto als Dienstfahrzeug, Aufbau Ladeinfrastruktur E-Mobilität, Nachhaltige Beschaffung, Erlebnisstationen Rundwanderweg).

Von diesen Projekten sind mittlerweile 16 Projekte umgesetzt (Aufbau Klimaschutzmanagement, Aufbau Lenkungs- und Team Klimaschutz, Fokussierung der bestehenden Energie-Beratungsangebote der Gemeinde, Umweltschulung in Schule und KiGa, Informationskampagne Klimaschutz in Hohenbrunn, Kooperation bei Klimaschutzkampagnen mit dem Landkreis Umlandkommunen, Mögliche Finanzierungsmodelle für Klimaschutzmaßnahmen aufzeigen, Gemeindliches Förderprogramm "Energetische Sanierung" etablieren, Effizientes Energiemanagement der kommunalen Liegenschaften aufbauen, Optimierung der Wärmeversorgung im Gewerbegebiet, Erweiterung der Fernwärmeversorgung im Gewerbegebiet, Flächenausweisung für Windanlagen in der Gemeinde, Energiegenossenschaft Hohenbrunn gründen, Photovoltaikanlage Grundschule Riemerling, Elektroauto als Dienstfahrzeug, Nachhaltige Beschaffung)

7 Projekte sind größtenteils umgesetzt (Schrittweise Umstellung aller Straßenbeleuchtung auf LED, Sanierungskampagne in Hohenbrunn, Betreiberwechsel des Hohenbrunner Gewerbegebiets, Ausbau der Fahrrad-Stellplätze, Potentialanalyse Photovoltaik auf weiteren Liegenschaften, Aufbau Ladeinfrastruktur E-Mobilität, Erlebnisstationen Rundwanderweg)

Bei 5 Projekten wurde mit der Umsetzung begonnen (Quartierssanierungskonzept in geeignetem Quartier erstellen, Dauerhafte, automat. Erfassung und Steuerung der Energieströme im Gewerbegebiet, Veranstaltung für Unternehmer "Energie sparen in Unternehmen", Mitarbeiter-Seminar "Energie sparen im Unternehmen Umstieg auf den ÖPNV fördern)

Bei 3 Projekten wurde noch nicht mit der Umsetzung begonnen (Solar-Freiflächenanlage an der Autobahn prüfen, Bürgersolarpark aufbauen, Prüfung der Möglichkeiten einer kommunalen Energieversorgung)

Allerdings konnte Frau Hellmann die Frage von Andreas Schlick nicht beantworten, wie sehr sich diese Projekte auf die 2006 beschlossene Energievision des Landkreises auswirken („Wir setzen uns für eine Reduzierung des Energieverbrauchs im Landkreis München um 60% auf 40% des heutigen Energieverbrauchs bis zum Jahr 2050 ein. Diese dann noch 40% Energieverbrauch sollen ab diesem Zeitpunkt voll-

ständig durch regenerative Energie abgedeckt werden“). Die Umsetzung der Energievision ist aber die Grundlage für alle Aktivitäten des Klimaschutzkonzepts.

4. 2017/0197 Haushaltssatzung 2018 und Haushaltsplan 2018 inkl. Anlagen der Gemeinde Hohenbrunn

5. 2017/0198 Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung 2017 – 2021

Da sie eng miteinander zu tun haben, wurden die beiden Punkte miteinander behandelt.

Zu Beginn wurden die Grundlagen der Haushaltsplanung für 2018 und der Mittelfristigen Finanzplanung für 2017 – 2021 erläutert:

Der Verwaltungshaushalt für 2018 soll 24.210.400 Euro betragen, der Vermögenshaushalt 10.817.500 Euro, woraus sich ein Gesamthaushalt von ca. 35.000.000 Euro ergibt. Ein so hohes Haushaltsvolumen gab es in der Vergangenheit noch nie. Begründet ist dies durch die vielen und hohen Investitionsprojekte, die die Gemeinde in 2018 angehen und realisieren möchte. Nicht aus den Augen sollte man dabei jedoch verlieren, dass die Anzahl der Einwohner beinahe unverändert ist. Die Frage ist daher, können wir uns ein solches Haushaltsvolumen leisten? Unter diesem Hintergrund beantragen Bürgerforum und ÜWG zu Beginn der Sitzung die Änderung der Tagesordnung dahingehend, dass vor Verabschiedung des Haushalts die mittelfristige Finanzplanung besprochen und diskutiert werden soll.

Ein wesentlicher Diskussionspunkt ist die Finanzierbarkeit der geplanten Projekte.

Es ist eine Kreditaufnahme in 2018 in Höhe von 1.000.000 € vorgesehen, um das Wohnbauprojekt „Am Hölzl“ zu finanzieren. Laut Bürgermeister ist eine Fremdfinanzierung erforderlich, um Fördermittel zu erhalten. Allerdings ist der Baubeginn mittlerweile für Frühjahr 2019 geplant, so dass die Kreditaufnahme in 2018 vermutlich geringer sein wird.

Derzeit verfügt die Gemeinde über Rücklagen von 11,8 Mio. Euro. Für 2018 ist daraus eine Entnahme von 2,1 Mio. Euro geplant, bis Ende 2021 von weiteren 7,5 Mio. Euro, so dass die Gemeinde planmäßig Ende 2021 über dann noch 2,2 Mio. Euro Rücklagen verfügen wird. Als Mindestrücklagen sind lediglich 0,2 Mio. Euro erforderlich.

Bis zum Jahr 2021 plant die Gemeinde Projekte in Hoch und Tiefbau für mehr als 35 Millionen Euro umzusetzen. Darunter das Schulareal in Riemerling mit ca. 21 Mio. Euro und der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs mit 4 Mio. EUR.

Angesichts dieser geplanten Investitionen kann der Vermögenshaushalt nur durch eine **Aufnahme von Krediten in Höhe 9 Mio. EUR** ausgeglichen werden. Damit werden wir im Jahr 2021 unsere Schulden von heute 4,1 Mio. auf 11,2 Mio. erhöhen. **Nicht zu vergessen die 14,7 Mio. EUR Schulden unserer Gemeinde bei Schulverband und Zweckverband weiterführende Schulen.**

Einnahmen aus Grundstücksverkäufen werden in Höhe von 12-14 Mio. Euro erwartet, erwartete Fördermittel betragen 7 Mio. Euro.

Der Hebesatz des Landkreises wird voraussichtlich auf 48,0% steigen, was für Hohenbrunn, selbst bei einer sinkenden Steuerkraftzahl zu einem Mehrbetrag in Höhe von über 330.000 € bei der Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr führen wird.

Aufgrund erwarteter Steigerungen der Steuereinnahmen wird für die nächsten vier Jahre von einer möglichen Zuführung aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt von ca. 1,0 bis 1,8 Mio. Euro je Jahr ausgegangen.

Der BGM erläutert, dass er von Grundstückserlösen im Bereich der Halle K von Euro 350,- je Quadratmeter ausgeht. Da ca. 35.000 Quadratmeter zum Verkauf stehen, bedeutet dies Erlöse in Höhe von ca. 12 Mio. Euro, dazu kommt ein weiteres Verkaufsrecht in Höhe von 2 Mio. Euro, was in Summe mögliche Erlöse aus Grundstücksverkäufen von 14 Mio. Euro bedeutet. Er betont auch, dass die gemeindeeigenen Grundstücke schnell verkauft werden sollten, da sie auch zur Veräußerung von der Gemeinde gekauft wurden. Ab 2024 fallen bestehende Veräußerungsverbote in der Muna, so dass dann weitere Grundstücke verkauft werden können.

Frau Dr. Kreder-Strugalla weist auf das ständig wachsende Haushaltsvolumen hin (2016 27,0 Mio. Euro; 2017 32,0 Mio. Euro; 2018 35,0 Mio. Euro) und erklärt, dass für die nächsten Jahre keine Kostenrisiken und unvorhergesehene Investitionen berücksichtigt wurden. So fehlen Kosten und Investitionen für Umgehungsstraße, Bürgerworkshop, mögliche Straßenbaumaßnahmen für einen Verkehrskreisel an der Putzbrunner Straße und „Am Hölzl“ sowie weitere Beteiligungen außerhalb des Haushalts. Außerdem wird der jährliche Zuführungsbetrag an den Vermögenshaushalt bei höheren laufenden Kosten für das Schwimmbad entsprechend reduziert. Die planmäßige Kreditaufnahme bedeutet eine Verschuldung pro Einwohner in Höhe von Euro 3.000 bei Berücksichtigung aller Kosten innerhalb und außerhalb des Haushalts (etwas bei Zweckverbänden). Die Fraktion der Grünen schlägt daher Kürzungen bei folgenden Haushaltstiteln vor: Sanierung Flachbordsteine in RIE-West, Neugestaltung Spiel-/Freizeitgelände RIE-West und Sanierung Feuerwehrhaus). Außerdem müssen in den Folgejahren ebenfalls Einsparungen realisiert werden.

Frau Wenzel signalisiert im Namen der SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

Frau Miller weist darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2018 in diesem Kontext eine Schlüsselstelle darstellt, denn spätestens jetzt sollten wir Gegenmaßnahmen ergreifen und bereit sein gut zu wirtschaften! In späteren Haushaltsjahren erfolgreiche Gegenmaßnahmen können diese Entwicklung nicht mehr verhindern, sondern allenfalls geringfügig abbremsen. Die Kommunalaufsicht hatte im Mai dieses Jahres in ihrer Plausibilitätsprüfung der mittelfristigen Finanzplanung festgehalten, dass „...die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Hohenbrunn angesichts der geplanten Projekte als gewährleistet erscheint...“

Weitere Projekte beurteilte die Kommunalaufsicht als bedenklich und führt aus, dass diese finanziellen Belastungen, die wir mit einem solchen Großprojekt auf uns nehmen, uns für weitere Investitionen einschränken...“ Was bleibt uns noch für ein Handlungsrahmen? Sind wir wirklich zukunftsfähig?

Frau Miller gibt daher zu bedenken, dass die Gemeinde nicht mehr die finanzielle Leistungsfähigkeit haben wird, um neben dem Schuldendienst sämtliche weiteren anfallenden Ausgaben unserer Gemeinde in der gewohnten Qualität und mit einem

zukunftsfähigen Handlungsrahmen bestreiten zu können. Daher beantragt Frau Miller im Namen des Bürgerforums als Voraussetzung für die Genehmigung des Haushalts eine Sitzung des Haushaltsausschusses oder des Gemeinderates durchzuführen, um eine Priorisierung aller anstehenden Projekte durchzuführen und Einsparpotenziale zu identifizieren.

Herr Scherbauer betont im Namen der CSU-Fraktion, dass Hohenbrunn attraktiv bleiben muss und die CSU-Fraktion daher dem Haushaltsentwurf zustimmen wird,

Herr Berger weist für die FW/ÜWG auf die aufgrund des Schwimmbadbaus zu erwartenden hohen Belastungen hin und schlägt vor, die Schulturnhallen ebenfalls in die Schulzweckverbände einzubringen. Er sieht keine Eile für einen Beschluss zum Haushalt in der Dezembersitzung.

Schließlich kommen die diversen Anträge zur Abstimmung:

Antrag auf Vertagung der Zustimmung zur Haushaltssatzung: 8:11

Anträge der Grünen auf Einsparungen (in Abwesenheit der Herren Berger und Vogelsang):

Flachbordsteine: 5:12

Reduzierung Kosten für Spielplatzbau: 4:13

Reduzierung Kosten Feuerwehrhaus: 4:13

Abstimmung Haushaltssatzung: 11:6 (Zustimmung CSU/SPD/BGM)

Abstimmung mittelfristige Finanzplanung: 11:6 (Zustimmung CSU/SPD/BGM)

Dem Antrag des Bürgerforums - Priorisierung Investitionsliste und Identifikation von Einsparpotentialen - wird mit 18:1 Stimmen zugestimmt.

6. Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Gemeinderats-sitzung vom 16.11.2017

7. Anfragen aus dem Gremium, Verschiedenes

Frau Miller fragt nach der Begründung des Urteils hinsichtlich der Straßenausbau-beitragssatzung vor dem Bundesverwaltungsgericht. Dort war Hohenbrunn vergan-gene Woche unterlegen.

Frau Miller fragt ebenfalls nach dem Stand der Machbarkeitsstudie für Verkehrs-maßnahmen in der Luitpoldstraße. Nach Auskunft des Bürgermeisters wird die Studie am 15. Dezember vorliegen.

Herr Schlick informiert über die Inhalte der letzten Sitzung des Interkommunalen Ar-beitskreises Verkehr.

Es gab mittlerweile drei Treffen des Arbeitskreises in Putzbrunn. Teilnehmer sind je zwei Personen aus Höhenkirchen, Grasbrunn und Hohenbrunn (hier Wolfgang Schmidhuber und Andreas Schlick). In den bisherigen Sitzungen lag der Schwer-punkt auf der Ist-Situation sowie der Ist-Analyse.

Dazu wurden zunächst im Vorfeld die nötigen Informationen - in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Gemeindeverwaltungen - gesammelt, um dann in schriftlicher Form diese gemeinsam zu präsentieren und darüber zu diskutieren. Wie ist die Verkehrssituation grundsätzlich? Wo sind in den jeweiligen Gemeinden die Engpässe, Schwerpunkte, Besonderheiten rund um die jeweilige Verkehrssituation. Wobei hier neben dem Auto und LKW-Verkehr auch die öffentlichen Verkehrsmittel (ÖPNV) einbezogen wurden.

Aktuell gibt es einen Kreistagsbeschluss, der die „Machbarkeit“ einer Autobahnparallele (B471) untersucht. Eine mögliche Autobahnparallele neben der A 99 betrifft auch die Gemeinden Grasbrunn, Putzbrunn direkt. Die „Hausaufgabe“ des Arbeitskreises war es, die Bürgermeister bei der nächstanstehenden Sitzung hinsichtlich Umfang und Einzelheiten dieser Studie zu befragen. Insbesondere bei weiteren Ideen zu Lösungsansätzen ist diese Fragestellung, bzw. Auswirkung wesentlich. Dr. Straßmair verwies in seiner Antwort auf die Internetseite des Landkreises Münchens (RIS). Er selbst war bei der Sitzung nicht anwesend und konnte keine weiteren Informationen hierzu geben. Bevor sich der Arbeitskreis in 2018 wieder trifft, sollte diese Information vorliegen und die weiteren Gespräche daran anzuknüpfen.

Frau Dr. Kreder-Strugalla und Frau Dr. Heinmüller fragen schließlich nach dem Engagement der Gemeinde im Bereich Asyl und Flüchtlinge. Beide empfinden das Engagement und Wirken der Gemeinde als nicht ausreichend an (bis hin zu fehlerhaften und vor allem lückenhaften Informationen dazu auf der Webpage der Gemeinde).